

**Auswirkungen des Transformationsprozesses
auf die Situation von Frauen in
Mecklenburg-Vorpommern**

von

Conchita Hübner

Universität Rostock

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

1997

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Die Lage der Frauen in der DDR.....	6
2.1. Frauenpolitik in der DDR.....	6
2.2. Frau-Sein in der DDR.....	9
3. Die Verliererinnen der Einheit.....	14
3.1. Beispiel: Arbeitslosigkeit	14
3.2. Die Situation der Landfrauen in Mecklenburg-Vorpommern	22
4. Die Gewinnerinnen der Einheit	24
4.1. Einheitsgewinnerin: Rentnerin	26
4.2. Das ostdeutsche „Unternehmerinnen-Wunder“	28
5. Zusammenfassung	31

1. Einleitung

Der Transformationsprozess in den neuen Bundesländern ist Gegenstand vieler Untersuchungen. Zu zahlreichen Teilbereichen liegen bereits Ergebnisse vor, so auch zu den Auswirkungen dieses Prozesses auf die Situation ostdeutscher Frauen. In einigen neuen Bundesländern (Sachsen, Thüringen und Berlin) existieren seit längerem Arbeitsgruppen, die sich speziell mit diesen Fragen beschäftigen.¹ Der Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern wurde bisher jedoch kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Die Gründe dafür mögen zum einen darin liegen, dass es im Land keine vergleichbare Arbeitsgruppe gibt, die sich mit diesen Problemen beschäftigt. Zum anderen ähneln die Probleme der Frauen in Mecklenburg-Vorpommern in vielem denen der Frauen in den anderen neuen Bundesländern, haben sie doch zum großen Teil die gleichen Ursachen. Daher scheint eine gesonderte Untersuchung nur bedingt neue Einsichten zu versprechen. Trotzdem ist es notwendig, die Auswirkungen des Transformationsprozesses auch am Beispiel der Frauen im nördlichsten der neuen Bundesländer zu untersuchen, nicht zuletzt weil sich das Land in einigen Parametern von den anderen neuen Bundesländern unterscheidet. Mecklenburg-Vorpommern ist ein relativ dünn besiedeltes Flächenland. Es gehört zu den ärmsten Regionen der Bundesrepublik. Landwirtschaft, Fischerei und Schiffbau, die einstigen Stützen der Wirtschaft, sind heute nur in ihren Kernen überlebensfähig. Die Arbeitslosenquote ist höher als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Obwohl Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1995 ein Wirtschaftswachstum von 5,9% erzielte, stieg die Arbeitslosenquote von Anfang Januar 1995 (15,4%) auf 17,4% zum Ende des Jahres (vgl. Tab. 1).² Die Frauenerwerbslosenquote lag im April 1995 bei 21,4%, d.h. 4% über dem Durchschnitt.

Tab.1 : Arbeitslosenanteile (weiblich/männlich) und Arbeitslosenquote 1995 (untergliedert nach früherem Bundesgebiet, neuen Bundesländern und Mecklenburg-Vorpommern in %)

	Arbeitslosenanteilweiblich	Arbeitslosenanteil männlich	Gesamtarbeitslosenquote
früheres Bundesgebiet	42,9	57,1	9,3
neue Bundesländer	63,0	37,0	14,9
Mecklenburg-Vorpommern	61,2	38,8	17,4

¹Vgl. B. Bütow, Überblick über die institutionalisierte Frauenforschung in den neuen Bundesländern, in: B. Bütow, H. Stecker (Hrsg.), *EigenArtige Ostfrauen*, Bielefeld 1994, S. 340- 349.

²Vgl. *Jahreswirtschaftsbericht 1996 Mecklenburg-Vorpommern*, herausgeg. vom Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern, S.13.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.³

Neue Industrien siedeln sich in Mecklenburg-Vorpommern nur langsam an und das entstehende Dienstleistungs- und Tourismugewerbe ist noch nicht in der Lage ausreichend Arbeitskräfte zu absorbieren.⁴ Das alles wirkt sich auf die Situation der Frauen im Lande aus, die häufig schwieriger bzw. auswegloser als die der Männer zu sein scheint. Es gibt jedoch auch Anzeichen dafür, dass sich auch in Mecklenburg-Vorpommern Frauen auf ihre eigentlichen Stärken besinnen und die in der Marktwirtschaft steckenden Chancen zu nutzen beginnen. So berichten z.B. die Medien in letzter Zeit immer häufiger über hiesige Unternehmerinnen, die ihre Firmen mit großem Erfolg führen und oftmals erfolgreicher sind als ihre männlichen Kollegen.

Wodurch ist nun die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern seit der Vereinigung im Oktober 1990 gekennzeichnet? Dieser Frage soll im folgenden ebenso nachgegangen werden, wie der, warum sich so viele Frauen in den neuen Bundesländern als Verliererinnen der Einheit⁵ sehen, denn immerhin bezeichnen sich 35% der ostdeutschen Frauen selbst als Verliererinnen der Einheit⁶. Worauf basiert diese Selbsteinschätzung? Sind es wirklich nur die von vielen Frauen genannten Gründe, wie die Reduzierung von Kinderkrippen, -gärten und -horten, die höheren Gebühren für die Kinderbetreuung oder der Wegfall von Haushaltstagen und der bezahlte Freistellung für Kindererziehung und -betreuung? Oder die in diesem Zusammenhang oft gepriesenen Möglichkeiten der Familienplanung (kostenlose Vergabe der Mittel zur Schwangerschaftsverhütung und unentgeltlicher Schwangerschaftsabbruch) genannt. Sind das wirklich die Dinge, deren Verlust vielen ostdeutschen Frauen das Gefühl vermittelt, die Verliererinnen der Einheit zu sein?

Das eigentliche und auch das größte Problem mit dem sich Frauen in den neuen Bundesländern konfrontiert sahen, war das der Erwerbslosigkeit. Der Verlust des Arbeitsplatzes wog für viele Frauen schwerer als der Verlust der o.g. sozialen Vergünstigungen. Im Jahr 1989 waren in der DDR mehr als 90% aller Frauen und Mädchen im Alter zwischen 16 und 60 Jahren erwerbstätig bzw. in Aus- und Weiterbildung. Vergleicht man diese Zahlen mit den Angaben für 1996, haben mehr als 16% der Frauen ihren Arbeitsplatz verloren, ohne wieder Beschäftigung zu finden. Sind das alles „Verliererinnen“ oder sahen einige vielleicht auch Vorteile dar-

³in: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1996*, S. 123. Eigene Berechnungen.

⁴Vgl. *Jahreswirtschaftsbericht 1996 Mecklenburg-Vorpommern*, S.12.

⁵Vgl. A. Bamberg, A. König, Zwischen Identifikation und Ablehnung - Sächsische Frauen im vereinten Deutschland, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S.250.

⁶Vgl. dazu U. Schröter, Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*

in, nicht mehr unbedingt einer Beschäftigung nachgehen zu müssen?⁷ Darüber hinaus muss gefragt werden, ob das Gefühl 'verloren zu haben', tatsächlich allein auf den Verlust des Arbeitsplatzes zurückzuführen ist oder ob es neben den o.g. noch andere Gründe gibt, die dies erklären.

Mit der Einheit Deutschlands und der damit verbundenen Überführung der zentralistischen Planwirtschaft in marktwirtschaftliche Strukturen gab es für alle DDR-Bürger Einschnitte in ihre persönliche Lebensplanung. Sie waren im Einzelfall jedoch höchst unterschiedlich. Von denjenigen, die zum Zeitpunkt der Einheit zwischen 16 und 45 Jahren alt waren, machte zwar jeder zweite die Erfahrung der Arbeitslosigkeit, insgesamt gesehen konnten sie sich jedoch auf dem ersten Arbeitsmarkt behaupten. 86 % von ihnen standen 1995 schon wieder oder immer noch im Erwerbsleben. Die mittlere Generation (45 -55 Jahre) - die „ökonomischen Verlierer der Einheit“ war 1995 noch zu ca. 66% erwerbstätig und die zum Zeitpunkt der Einheit 55-jährigen und älteren Erwerbspersonen befinden sich heute fast alle im Vorruhestand oder in Rente. Lediglich 12% dieser Männer und 3% der Frauen sind immer noch erwerbstätig.⁸ Mit zunehmendem Alter steigt also generell der Anteil der Arbeitslosen, wobei gegenwärtig zwei von drei Arbeitslosen in den neuen Bundesländern weiblichen Geschlechts sind. Ostdeutsche Frauen sind in allen Altersgruppen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. So belegen Zahlen, dass z.B. von den unter 25-jährigen Frauen nur 55% immer noch oder schon wieder eine Beschäftigung haben. Bei den unter 25 Jahre alten Männern liegt die Quote dagegen bei 80%.⁹

Ist das alles ein Resultat der Einheit oder liegen die Ursachen tiefer? Wodurch war die Situation von Frauen in der DDR geprägt und welche Ausgangsposition hatten sie am Tag der deutschen Einigung?

(APuZ), B 20/95, S. 31 - 42.

⁷Vor der Wende 1989 gab es eine wachsende Zahl von Frauen, die Teilzeitarbeit anstrebten oder ein paar Jahre nur Hausfrau sein wollten. Ältere Frauen träumten z.T. von einem Frührentnerinnendasein.

Vgl. dazu auch H. Behrend, Frauenemanzipation made in GDR, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S. 40.

⁸Nur jeder vierte im Osten behält Job, in: *Ostseezeitung (OZ)*, 19.07.1995.

⁹Ebenda.

2. Die Lage der Frauen in der DDR

2.1. Frauenpolitik in der DDR

Frauenpolitik war in der DDR immer auch Familienpolitik, in einigen Veröffentlichungen jüngerer Datums wird sogar von „Mütter-Politik“ gesprochen¹⁰.

In den 50er und 60er Jahren lag das Hauptaugenmerk dieser Politik auf der Integration möglichst vieler Frauen in das Erwerbsleben. Der Mangel an Arbeitskräften sollte auf diese Weise behoben werden. Ideologisch wurde diese Politik mit der Berufung auf die Klassiker des Marxismus begründet, wonach die Befreiung des weiblichen Geschlechts nur durch seine Eingliederung in den Produktionsprozess erfolgen könne. In den 50er und zu Beginn der 60er Jahre wurden die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen.¹¹ Frauen sollten sich in weitaus stärkerem Maße als zuvor einer Berufstätigkeit zuwenden. Dieses Ziel sollte auf jeden Fall und mit allen Mitteln erreicht werden. Versuche, für Mütter mit kleinen Kindern auch die Option einer zeitweiligen Konzentration auf Familienaufgaben offenzuhalten, wurden von der damaligen Justizministerin, Hilde Benjamin, als „hartnäckige Rückstände im Bewusstsein“¹² bezeichnet, denen energisch entgegenzutreten sei. Als z.B. der Dresdener Sozialhygieniker Rudolf Neubert 1962 dafür plädierte, dass sich Frauen nach der Geburt ihres Kindes etwa drei Jahre lang nur der Erziehung widmen sollten¹³, gab die SED einen Grundsatzartikel in Auftrag, in dem sein Vorschlag als „spießbürgerlich“ verworfen wurde. So hieß es in dem erwähnten Artikel u.a.: „Eine Frau, deren Tätigkeit sich auf den engen Kreis der Familie beschränkt, wird auch als Mutter stets in Gefahr sein, schon durch ihr Beispiel bei den Kindern ähnliche Idealbilder zu wecken, von den Gefahren der `Affenliebe` und der zu starken Konzentration auf die Interessen der Kinder, weil man von den eigenen nicht ausgefüllt ist, ganz zu schweigen. Jeder kennt die engstirnigen `Klein-aber-mein-Spießbürger`, die das Ergebnis sind und gleichzeitig eine Bremse jeder sozialistischen Entwicklung. Eine gute Mutter aber ist heute eine arbeitende Mutter, die gleichberechtigt und gleich qualifiziert neben dem Vater steht.“¹⁴ Das heißt, die persönliche Sorge der Frauen und Mütter für Kinder und Familie galt als sekundär, sollte und musste der Berufstätigkeit unter-

¹⁰Vgl. J. Gysi, D. Meyer, Leitbild: berufstätige Mutter - DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: *Frauen in Deutschland 1945 - 1992*, hrsg. v. G. Hellwig, H. M. Nickel, Berlin 1992, S.139.

¹¹Vgl. G. Hellwig, Einleitung, in: *Frauen in Deutschland 1945 - 1992*, S. 10.

¹²H. Benjamin, Wer bestimmt in der Familie?, Beilage zu Neues Deutschland, 1. Februar 1958, zit nach: G.Hellwig, S. 11.

¹³R. Neubert, Frau, Mutter und außerhäusliche Arbeit, in: *Die Wirtschaft*, 30/1962, S.9, zit nach: G.Hellwig, S. 11.

¹⁴E. Schmidt-Kolmer/H. H. Schmidt, Frauenarbeit und Familie, in: *Einheit* 12/1962, S.99, zit nach:

geordnet werden. Frauen waren erst dann wertvolle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft, wenn sie es verstanden, Beruf, Kinder und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Mit den o.g. Grundsatzartikeln war zugleich die Orientierung für die künftige Familien- und damit Frauenpolitik in der DDR festgeschrieben worden. Die danach folgenden gesetzlichen Regelungen dienten dazu, die Rahmenbedingungen für diese Politik zu gestalten und abzustecken, wobei die Hausfrauen-Ehe zu diesem Zeitpunkt noch als mögliche Variante der Lebensplanung in Betracht gezogen wurde. So ging das im Jahr 1966 verabschiedete neue Familiengesetzbuch zwar von der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie aus¹⁵, was auch die gleiche Aufteilung von Hausarbeit implizierte, billigte den Partnern jedoch auch andere Formen der Aufgabenteilung zu. Im ersten Kommentar des Justizministeriums zum Familiengesetzbuch hieß es dazu: „...So wird vielfach, insbesondere nach der Geburt von Kindern, die Ehefrau zeitweilig aus dem Produktionsprozess ausscheiden. Auch bei kinderlosen Ehen wird die Vereinbarung der Ehegatten, dass die Ehefrau nicht berufstätig sein soll, vom Gesetz respektiert. Die Betreuung von Kindern und die Arbeit im Haushalt werden daher als voller Beitrag zum Familienaufwand anerkannt.“¹⁶ Allerdings sollte durch die Verbesserung der Betreuung von Kindern in außerhäuslichen Einrichtungen (Kindergarten, Schulhort) die Vereinbarkeit von Beruf, Kindern und Familie verbessert werden. Bereits ein Jahr später wurde in der zweiten Auflage zum Familiengesetzbuch der Verzicht einer Ehefrau auf Erwerbsarbeit mit dem eindeutig negativen Signum des 'Bewußtseinsrückstandes' versehen.¹⁷

Frauen sahen sich in der Folgezeit immer drängender formulierten Ansprüchen ausgesetzt. Mit Hinweisen auf den Mangel an Arbeitskräften und rückläufige Geburtenzahlen wurde an das „sozialistische“ Gewissen der Frauen appelliert. Sie sollten berufstätig sein, Kinder bekommen und aufziehen und mit den Lasten der Hausarbeit zu Rande kommen. Spätestens seit Beginn der 70er Jahre zeigte sich an einigen signifikanten Symptomen, dass diese Art der Familienpolitik nicht die erwünschten Resultate gebracht hatten¹⁸. Die Geburtenrate sank rapide, die Zahl der Ehescheidungen nahm zu und immer mehr verheiratete Frauen und Mütter bemühten sich um Teilzeitarbeit. Zum Ende der DDR waren 27% der Frauen verkürzt beruflich tätig. Ihre Zahl wäre noch weitaus höher gewesen, wenn in den Betrieben mehr Teilzeitbe-

G.Hellwig, S. 11.

¹⁵Vgl. G. Hellwig, S. 12.

¹⁶Vgl. ebenda.

¹⁷Vgl. ebenda.

¹⁸Gysi, Meyer, S. 142f.

schäftigungen angeboten worden wären. Die Betriebsleiter hatten jedoch die Order, die Teilzeitwünsche der Frauen nicht `ausufern` zu lassen.¹⁹

Die Ursachen für die o.g. Entwicklung (sinkende Geburtenzahlen, wachsende Scheidungsrate und Wunsch nach verkürzter Arbeitszeit) waren sicher vielfältig, eine war jedoch allen drei Erscheinungen gemeinsam: Der Versuch, berufliche, gesellschaftliche und häusliche Aufgaben zu vereinbaren, blieb ein Problem, das Frauen weitgehend allein zu lösen hatten.

Anstatt nun jedoch auf die Frauen zuzugehen und mit ihnen die Wege zur Lösung dieser Probleme zu beraten, wurde die Neuorientierung in der Frauen- und Familienpolitik wieder von „Oben“ verordnet. Sie war diesmal allein an arbeitsmarktpolitischen und demographischen Erfordernissen ausgerichtet. Frauen sollten nun nicht mehr schlechthin berufstätig sein, sondern sich auch qualifizieren. Das „Recht der Frau auf allseitige Entwicklung ihrer Persönlichkeit“ wurde praktisch zur Pflicht erklärt.²⁰ Im Lehrbuch zum Familienrecht hieß es dazu u.a.: „Worauf es ankommt, ist, dass die Frau den wachsenden Erfordernissen und Anforderungen beider Lebensbereiche gemäß ihr Leben gestalten kann, dass sie nicht in dem einen Bereich gravierende Zugeständnisse zugunsten des anderen Bereichs für notwendig oder unabänderlich erachtet.“²¹ Das heißt, das offizielle Frauenleitbild war und blieb das der berufstätigen Frau und Mutter von mehreren Kindern, die imstande war, Job und Familie allzeit problemlos miteinander zu vereinbaren. Sie sollte stets berufliche Einsatzbereitschaft und bei entsprechendem gesellschaftlichen Bedarf auch jederzeit Qualifizierungswilligkeit zeigen.

Dieses - von der Realität weit entfernte - Wunschbild lag nicht nur den entsprechenden Gesetzen und politischen Regelungen der SED zugrunde, sondern wurde auch über die Medien propagiert. In der einzigen Frauenzeitschrift der DDR, „Für Dich“, wurden erfolgreiche Frauen aus allen Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft porträtiert. Sie berichteten, wie sie Beruf und familiäre Verpflichtungen problemlos unter einen Hut brachten. Das Bild der Frau, die in der „zweiten Schicht“ nach der Berufsarbeit Haushalt und Familie versorgte, war de facto in den öffentlichen Medien nicht existent. Die Probleme, die Frauen bei der Vereinbarung der verschiedenen Lebensrollen hatten, wurden unterschlagen. Klagen über den zu langen Arbeitstag, über fehlende Zeit für die Kinder oder über die schlechten Versorgungsbedingungen galten in der offiziellen Berichterstattung als Tabu.²²

¹⁹G. Hellwig, S.15.

²⁰Ebenda.

²¹Familienrecht, Lehrbuch, hrsg. v. A. Grandke u.a., Berlin (Ost), 1972, S.34, zit. nach: G.Hellwig, S.15.

²²Vgl. J. Gysi, D. Meyer, S.140.

2.2. Frau-Sein in der DDR

Auch wenn die Widersprüche zwischen Wunschbild und Wirklichkeit offiziell nicht problematisiert wurden, reagierten die Frauen darauf. Die überwiegende Mehrheit der DDR-Frauen hatte zwar die Mutterrolle angenommen. So hatten 75% der Frauen bis zu ihrem 25. Lebensjahr wenigstens ein Kind zur Welt gebracht, bis zum 30. Lebensjahr waren es sogar 90%²³. Zugleich versuchten sie jedoch, der ständig zunehmenden Belastung dadurch entgegenzuwirken, dass sie individuelle Lösungen suchten, wie z.B. die bereits oben erwähnte Teilzeitarbeit oder den Wechsel des Arbeitsplatzes mit dem Ziel kürzerer Wegezeiten. Generell kann man heute jedoch sagen, dass die Aufgabe der Berufstätigkeit für die in der DDR geborenen und aufgewachsenen Mädchen- und Frauengenerationen keine Alternative darstellte. Für die Mehrzahl war es selbstverständlich, ein Leben lang berufstätig zu sein. Dabei rangierten ihre beiden wichtigsten Lebenswerte - Berufsarbeit und Familie/Kinder - meist gleichgewichtig nebeneinander. So gaben bei einer Familienbefragung im Jahre 1982 über 60% der Zwanzig- bis Vierzigjährigen an, dass beide Lebensbereiche für sie gleichermaßen bedeutsam seien.²⁴

Erwerbsarbeit war für Frauen in der DDR nicht nur unter finanziellen Erwägungen wichtig. Für viele von ihnen war sie zu einem Bedürfnis geworden. Im Zuge der Entwicklung war also aus der Doppelbelastung des weiblichen Geschlechts ein Doppelanspruch geworden. Kaum eine Frau wollte ausschließlich Hausfrau sein oder für einen längeren als den staatlich zugestandenen Zeitraum vor und nach der Geburt eines Kindes (sechs Wochen, ein bis drei Jahre) aus dem Erwerbsprozess ausscheiden. Die Doppellorientierung der DDR-Frauen auf Beruf und Familie sagt allerdings wenig über die qualitativen Vorstellung von der Erwerbstätigkeit aus. In den 70er Jahren ging es den meisten Frauen nicht um eine Arbeit an sich, sondern immer auch um ein angenehmes Arbeitsklima und vor allem bei jungen Erwerbstätigen ohne Kind auch um interessante Arbeitsinhalte. Dieser Anspruch konnte in den 80er Jahren kaum noch erfüllt werden. Auch wenn in den offiziellen Verlautbarungen der „Mythos von der bereits erfolgreich abgeschlossenen Emanzipation der Frau“²⁵ verbreitet wurde, zeichnete sich die Realität zunehmend durch frauenfeindliche Praktiken aus. So weigerte sich das Leitungspersonal in den Betrieben, Frauen mit Kindern in bestimmte Positionen einzustellen, weil diese

²³Vgl. Kinder, Jugend und Familie, in: *Sozialpolitik konkret, Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie für Wissenschaften der DDR*, Berlin 1990, S. 28.

²⁴Vgl. J. Gysi, D. Meyer, S.141.

²⁵H. Behrend, Frauenemanzipation made in GDR, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S. 40.

„ineffektiv arbeiteten“, „ihre Privilegien mißbrauchten“, „ständig krank feierten“ und „zu keiner Versammlung kämen“.²⁶

Zugleich setzte unter den Frauen ein Entsolidarisierungsprozess ein. Hauptursache dafür war die Schlechterstellung von älteren und von kinderlosen Frauen. So wurde z.B. die Arbeit von Müttern, die im Babyjahr waren, bzw. von solchen, die ihr Recht auf bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder wahrnahmen, nicht von zusätzlich eingestellten „Springerinnen“ übernommen, sondern auf die anwesenden Kolleginnen und Kollegen umverteilt. Diese Leistungen wurden jedoch nicht zusätzlich entlohnt.²⁷ Für die ältere Frauengeneration, die vor allem in der Aufbauphase der DDR Großartiges geleistet hatte, gab es nur in sehr geringem Umfang sozialpolitische Vergünstigungen. Die in der DDR geborenen und aufgewachsenen Mädchen und Frauen können als die eigentlichen ‚Nutznießnerinnen‘ der ambivalenten, patriarchalen Sozialpolitik gelten.

Ungeachtet dessen blieb Berufarbeit für Frauen in der DDR ein unverzichtbares Element ihrer Lebensplanung. Sie bedeutete nicht nur Selbstbestätigung und Lebenssinn, sondern auch finanzielle Unabhängigkeit vom Mann und die Chance, die eigene Lebensform frei wählen zu können. Die Arbeit verschaffte ihnen zudem soziale Kontakte und Kommunikation - ein Anspruch, der in den tagsüber verwaisten Wohnkomplexen ganz und gar nicht befriedigt werden konnte und der auch heute noch nicht befriedigt werden kann.

Der Anteil dieser zwischen Beruf und Familie „vereinbarungsorientierten“ Frauen hat nach der Vereinigung nicht ab - sondern weiter zugenommen. Im Jahre 1992 sprachen sich in einer Familienbefragung 76% der Frauen bis zum 40. Lebensjahr für eine Gleichgewichtigkeit zwischen Erwerbsarbeit und Familie mit Kindern aus. Im Jahr 1996 waren es sogar 81%.²⁸ Die Zahl der familienorientierten Frauen - also der Frauen, für die in der Hierarchie die Familie den ersten Rang einnahm - hat sich von 38% (1982 und 1988) auf 13 %²⁹ (1996) reduziert. Die Gruppe der vorrangig berufsorientierten Frauen ist dagegen nur um ein Prozent auf nunmehr 2% gestiegen.³⁰ (Vgl. dazu auch Tab. 2)

Tab. 2: Entwicklung weiblicher Orientierungsmuster bezüglich Beruf und Familie in den neuen Bundesländer (in %)

Jahr	Gleichgewicht zwi-	vorrangig familien-	vorrangig beruflich
------	--------------------	---------------------	---------------------

²⁶Vgl. ebenda.

²⁷Ebenda.

²⁸Frauen wollen Arbeit und Kinder, in: *Norddeutsche Neueste Nachrichten (NNN)*, 27.03.1996.

²⁹Ebenda.

³⁰Vgl. Gysi, Meyer, S.142.

	schen Familie und Beruf	orientiert	orientiert
1992	76	38*	1
1996	81	13	2

* Angaben für 1982 und 1988

Mit anderen Worten, die Karrierefrau, die bereit ist, zugunsten ihrer beruflichen Entwicklung alles andere zu opfern, befindet sich in den neuen Bundesländern gegenwärtig noch in einer verschwindenden Minderheit. Auf der anderen Seite halten jedoch auch nur 5% der Ost-Frauen das Hausfrauendasein für erstrebenswert.³¹

Die Zunahme der `vereinbarungsorientierten` Frauen hängt mit Sicherheit auch mit der derzeitigen Arbeitsmarktsituation und der sozialen Lage vieler Familien zusammen. So erklärte der Direktor des Rostocker Arbeitsamtes im Januar 1996, dass 80% der bei ihm tätigen Frauen Alleinverdienerinnen seien.³² Hier steht also auch ein ökonomischer Zwang dahinter, voll berufstätig zu sein.

Waren DDR-Frauen einst wählerisch in der Annahme eines Arbeitsplatzes, so geht es vielen gegenwärtig um einen Job schlechthin. Trotzdem haben sie es schwerer als Männer einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie stellen nach wie vor den größten Teil der Arbeitslosen. Warum ?

Frauen haben in der DDR trotz aller Reden von erreichter Gleichberechtigung vor allem in frauenspezifischen Berufen und Industriezweigen gearbeitet. Geht man allein vom formalen Bildungsabschluss aus, so waren gegen Ende der DDR Frauen bis etwa zum 45. Lebensjahr im Durchschnitt genauso hoch gebildet wie gleichaltrige Männer. 99% der weiblichen und männlichen Jugendlichen begannen nach dem Abschluss der Schule eine Lehre oder wechselten an die zum Abitur führende Erweiterte Oberschule bzw. in eine Berufsausbildung mit Abitur. Etwa 84% der Schüler/innen nahmen eine Lehre auf, wobei Mädchen sich häufiger für frauentypische Fachschulausbildungen entschieden, besonders für pädagogische Berufe und Medizin. Real wurden Männer in einigen attraktiven Bildungsgängen bevorzugt und waren Frauen für traditionelle Männerberufe nicht genügend sozialisiert, so dass sie bereits an der ersten Schwel-le ungünstigere Voraussetzungen mitbrachten. Während der 70er Jahre war das Berufswahlfeld für Mädchen vor allem hinsichtlich technischer Berufe stark erweitert worden. Seit Beginn der 80er Jahren beschränkt es sich jedoch im wesentlichen wieder auf traditionel-

³¹Ostdeutsche Frauen suchen beruflichen Erfolg, in: *OZ*, 02.04.1997.

³²Ausführungen des Direktors des Rostocker Arbeitsamtes während einer Podiumsdiskussion der Frauenpolitischen Tisches in Rostock im Januar 1996.

le Frauenberufe.³³ Dies geschah u.a. als Reaktion auf die hohen Ausfallquoten weiblicher Beschäftigter infolge der sozialen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Babyjahr, Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder etc.). Frauen wurden darüber hinaus in ihrer sozialen Stellung, d.h. hinsichtlich ihrer Kompetenzen und Einflussbereiche benachteiligt. Das verschärfte sich durch häufige Zuweisung von zweitrangigen Arbeitsplätzen im erlernten Beruf, weil Frauen durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gegenüber Männern eine geringere Flexibilität und Verfügbarkeit aufwiesen. Wurden Frauen als berufstätige Mütter hoch gepriesen, so waren sie real und vor allem im Erwerbsleben gerade wegen ihrer Mutterschaft immer zugleich auch in eine „natürliche“ Zweitrangigkeit gestellt.³⁴ Die Konzentration der Frauenpolitik auf das Vereinbarkeitsproblem (Haushalt, Kinder, Familie, Beruf) wirkte sich auf die Frauen sehr negativ aus. Sie stützte das Klischee von der Hauptverantwortung der Mutter, weil die Adressaten dieser Leistungen ausschließlich Frauen waren. Diese Politik widersprach de facto dem damals gültigen Familiengesetzbuch, das den Grundsatz der gleichen Verantwortung von Vater und Mutter festschrieb. Wäre dieses Prinzip beachtet worden, hätten die sozialpolitischen Maßnahmen die Vereinbarkeit von Elternschaft und Beruf zum Ziel haben müssen.³⁵

Die patriarchale Gleichberechtigungspolitik war die strukturelle Grundlage dafür, dass Frauen und Männer in der DDR im Erwerbsleben sozial Ungleiche blieben und sich auch heute als Ungleiche auf dem Arbeitsmarkt gegenüberstehen. So war z.B. „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ eine viel zitierte Formel sozialistischer Gleichberechtigungspolitik. In der Realität vollzog sich die Einkommensentwicklung jedoch nach Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen differenziert und umgekehrt proportional zum Frauenanteil in den jeweiligen Bereichen. Lag das durchschnittliche Monatseinkommen in der DDR im Jahr 1989 bei 1 136 Mark (Netto), so verdienten die Beschäftigten im Handel mit 1 004 Mark und im Post- und Fernmeldewesen mit 1 040 Mark deutlich weniger, während die Einkünfte im Bereich Verkehr mit 1 234 Mark deutlich über dem Durchschnitt lagen³⁶. Im Handel waren 71,9% der Erwerbstätigen Frauen, im Post- und Fernmeldewesen 69,0%.³⁷ (Vgl. Tab. 3)

³³Mädchen erhielten z.B. einen rosa, Jungen einen blau gekennzeichneten Bogen mit Lehrstellenangeboten. vgl. dazu auch H. M. Nickel, „Mitgestalterinnen des Sozialismus“ - Frauenarbeit in der DDR, in: *Frauen in Deutschland 1945 - 1992*, S. 239.

³⁴H. M. Nickel, S.234.

³⁵K. Hildebrand, Historischer Exkurs zur Frauenpolitik der SED, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S.27.

³⁶Vgl. *Frauenreport '90*, S.87.

³⁷Vgl. H. M. Nickel, S.241

Tab. 3 : Durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten in volkseigenen Betrieben nach Wirtschaftsbereichen (in Mark)
Frauenanteil (in %) nach Wirtschaftsbereichen (Stand: 1989)

	Insgesamt	Industrie	Bauindustrie	Land- und Forstwirtschaft	Verkehr	Post- und Fernmeldewesen	Handel
Brutto	1 311	1 324	1 310	1 242	1 436	1 206	1 168
Netto	1 136	1 150	1 135	1 090	1 234	1 040	1 004
Frauenanteil	48,9	41,0	17,2	37,4	26,4	69,0	71,9

Quelle: Frauenreport '90, S.87 und S.66 .

Darüber hinaus waren Frauen unterdurchschnittlich in den besser dotierten Leitungspositionen vertreten³⁸, so dass sich insgesamt ein deutliches Lohngefälle zuungunsten der Frauen ergab. Das galt auch bei gleicher Qualifikation von Frauen und Männern. So verdienten männliche Hoch- und Fachschulabsolventen im Jahr 1988 im Schnitt fast 20% mehr als ihre weiblichen Pendants.³⁹

Warum sich die Frauen das gefallen ließen, kann sicher unterschiedlich erklärt werden. Die Erklärung von Hildegard Maria Nickel -Frauenforscherin an der Humboldt-Universität Berlin- erscheint jedoch einleuchtend und nachvollziehbar. Sie schreibt: „Erwerbs- und Familienarbeit haben - das ist mittlerweile hinlänglich belegt - eine je eigene Logik und innere Gesetzmäßigkeit. Die besonderen Fähigkeiten und Orientierungen von Frauen schlagen unter den Verhältnissen der patriarchalen Gesellschaftskonstruktion immer wieder in berufliche Benachteiligung von Frauen um. Frauen zeigten auch in der DDR geringe(re) Durchsetzungsfähigkeit, Angst vor Verantwortung, ja zum Teil geradezu ein Motiv der Erfolgsvermeidung; sie neig(t)en zu einer gewissen Personalisierung der Arbeitssituation, d.h. ihre Arbeitszufriedenheit wurde eher von sozialen Gesichtspunkten (Kommunikationsmöglichkeiten, Betriebsklima, unmittelbare persönliche Anerkennung) als von sogenannten objektiven Bedingungen (Einkommen, tarifliche Einordnung, Aufstiegschancen) bestimmt. Frauen nehmen berufliche Arbeit eher unter inhaltlichen, aufgabenbezogenen Gesichtspunkten als in aufstiegsrelevanten Kategorien wahr ... Sie wägen in ihrer subjektiven Wertehierarchie Karriere gegen Familie ab, wobei dieser Vergleich nicht unbedingt und ungebrochen zugunsten der Karriere ausfällt“⁴⁰.

³⁸Vgl. ebenda, Tab. 1, S.236.

³⁹Vgl. dazu auch *Frauenreport '90*, S.93

⁴⁰Vgl. H. M. Nickel, S. 247.

3. Die Verliererinnen der Einheit

3.1. Beispiel: Arbeitslosigkeit

Ostdeutsche Frauen besaßen zu Beginn des Transformationsprozesses offensichtlich die eindeutig schlechteren Ausgangspositionen als ostdeutsche Männer. Erste „Opfer“ des Untergangs der DDR und der Umgestaltung der DDR-Wirtschaft waren neben dem Staatsapparat, den Ministerien und den gesellschaftlichen Organisationen vor allem Unternehmen und Betriebe in der Nahrungsgüterwirtschaft und der Textil- und Bekleidungsindustrie, die unter den marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht mehr konkurrenzfähig waren. In Rostock wurde z.B. als einer der ersten großen Betriebe ein Unternehmen geschlossen, in dem Bekleidung für Jugendliche produziert worden war. Betroffen waren in allen Bereichen überwiegend Frauen. Aber nicht nur in diesen frauentypischen Bereichen wurden Frauen in größerem Umfang entlassen. Auch in anderen Zweigen waren sie oft die ersten, die gehen mussten, verrichteten sie doch häufig Tätigkeiten, die wegrationalisiert werden konnten oder automatisiert wurden. Eine weitere Ursache für die rasch ansteigende Zahl arbeitsloser Frauen war der bereits kurz nach der Vereinigung einsetzende Verdrängungswettbewerb in den Bereichen, die bis dahin frauendominiert waren, wie Handel, Banken und Versicherungen.⁴¹

Im September 1993 lag die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern bei Frauen mit 22% doppelt so hoch wie die der Männer (11%).⁴² Die niedrigeren Einkommen führten dazu, dass Frauen weniger Arbeitslosengeld als Männer erhielten. Vor allem für alleinstehende Mütter (in der DDR gab es 1989 ca. 340 000⁴³) war damit der Weg in die Armut vorgezeichnet.

Im Gegensatz zu arbeitslos gewordenen Männern fällt es arbeitslosen Frauen deutlich schwerer, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Sind sie erst einmal ohne Beschäftigung, dauert es im Vergleich zu männlichen Arbeitslosen doppelt so lange, bis sie wieder einen Arbeitsplatz finden. Heute sind 70% der Langzeitarbeitslosen in den neuen Bundesländern Frauen. Von den 180 000 Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern, die im April 1996 statistisch erfasst wurden, waren 93 000 Frauen. 23,5% der Frauen im erwerbsfähigen Alter sind im nördlichsten der neuen Bundesländer gegenwärtig offiziell arbeitslos. Dazu zu zählen sind 37 000 Frauen, die in Arbeitsbeschaffungs- (17 400⁴⁴), Fortbildungs- oder Umschulungsmaß-

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 247 - 254.

⁴²G. Engelbrech, Frauenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern, Folgen und Auswege, in: *APuZ*, B 6/1994, S.22.

⁴³*Frauenreport '90*, S. 112f.

⁴⁴Vgl. DGB warnt vor Kürzung der ABM, in: *OZ*, 13.02.1997.

nahmen untergekommen sind.⁴⁵ Unter den Städten in den neuen Bundesländern hatte Rostock im Januar 1997 die höchste Frauenarbeitslosenquote.⁴⁶

Für die meisten Frauen in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Zustand unbefriedigend. Sie wollen arbeiten. Steigende Haushaltsausgaben und vergleichsweise niedrige Familieneinkommen verstärken ihre ohnehin hohe Erwerbsneigung noch. Für viele Frauen war der Verlust ihres Arbeitsplatzes jedoch nicht nur mit finanziellen Einbußen verbunden, sondern auch mit dem Verlust sozialer Kontakte. So waren die Arbeitskollektive in der DDR nicht nur rein systematische Größen im Arbeitsprozess, sondern sie stellten zugleich ein soziales Beziehungsgeflecht dar. Außerhalb dieser Kollektive entwickelten sich kaum Vereine o.ä., in denen man seine Freizeit individuell verbringen oder seinen Neigungen nachgehen konnte. Alle derartigen Aktivitäten wurden über die Betriebe organisiert. Auch wenn man aus dem Berufsleben ausschied, blieb der Zugang zu diesen Gemeinschaftsveranstaltungen, Arbeitsgemeinschaften usw. offen. Mit dem Jahr 1990 hörten dies alles auf zu existieren. Eine Tatsache, die von den weiterhin Berufstätigen nur am Rande bedauert wurde, die für die Entlassenen und Arbeitslosen aber zunehmende Isolation bedeutete und bedeutet.

Die Probleme arbeitsloser Frauen in Mecklenburg-Vorpommern wurden u.a. im Januar 1996 während einer Veranstaltung des Rostocker Frauenpolitischen Tisches zur Thematik „Frauen und Arbeit“ angesprochen. Die folgenden Beispiele aus dieser Diskussionsveranstaltung - an der auch die Autorin teilnahm - sollen die bisher getroffenen Einschätzungen und Analysen veranschaulichen und belegen.⁴⁷

Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Podiumsdiskussion gehörten neben Mitgliedern des Bundes- und Landtages, der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns⁴⁸ (alle SPD), Rostocks Oberbürgermeister und dem Direktor des Arbeitsamtes Rostock auch über 100 Frauen (im wesentlichen im Alter zwischen 40 und 50 Jahren). Sie waren sicher nicht für alle weiblichen Arbeitslosen Rostocks repräsentativ - unterschieden sie sich doch schon dadurch von vielen arbeitslosen Frauen, dass sie nicht zu verzagt waren, um an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Alle Frauen, die während der Diskussion sprachen, waren arbeitslos, in Umschulung oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt. Sie einte das gemeinsame und oft auch sehr persönliche Interesse, Antwort auf die Frage zu erhalten, welche Möglich-

⁴⁵In jeder dritten Firma ist der Boß eine Frau, in: *OZ*, 10.04.1997.

⁴⁶Jedes zwölfte Kind lebt von Sozialhilfe, in: *OZ*, 06.01.1997.

⁴⁷Der Bericht beruht auf persönlichen Eindrücken und Notizen der Autorin von dieser Veranstaltung.

⁴⁸Christine Lucyga, MdB (SPD), H. Ringstorff, MdL (SPD) Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Karla Staszak, Gleichstellungsbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

keiten die Politiker sahen, um das Problem der Frauenarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. An dieser Stelle sollen einige Beispiele für die von diesen Frauen zum Ausdruck gebrachten Positionen und Forderungen vorgestellt werden. Generell kann festgestellt werden, dass alle mit ihrer Situation unzufrieden waren. Keine der anwesenden Frauen war bereit, sich mit ihrer Arbeitslosigkeit abzufinden. So wandte sich z.B. eine der Diskussionsrednerinnen - etwa Anfang 50 - mit dem Vorwurf an den Direktor des Rostocker Arbeitsamtes, man habe sie bisher nicht vermittelt, weil sie verheiratet sei. Selbst eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme sei ihr aus diesem Grund verweigert worden. Sie habe sich seit 1991, als sie arbeitslos wurde, darum bemüht. Im Arbeitsamt sagte man ihr, sie sei nicht so bedürftig wie andere, weil sie ja noch einen Mann habe, der den Familienunterhalt bestreiten könne. Sie erklärte weiter, sie würde eine solche Antwort als diskriminierend empfinden. Das heißt, das Argument, nur finanzielle Bedürfnisse seien ein Motiv für die Suche nach einer bezahlten Beschäftigung, traf auf diese Frau nicht zu. Im Gegenteil, sie selbst empfand diese Begründung als diskriminierend. Sie nahm auch als verheiratete Frau das Recht für sich in Anspruch, einer Berufstätigkeit nachgehen zu können. Sie definierte ihren 'Nutzen' für Familie und Gesellschaft aus ihrer Berufstätigkeit. Ganz so, wie sie es in der DDR gewohnt gewesen war. Der Direktor des Arbeitsamtes antwortete ihr auf ihre Frage, er könne ihren Wunsch verstehen, aber man habe leider nicht für jede arbeitslose Frau eine Stelle. Man würde sich aber bemühen, vor allem die Gruppe der schwer vermittelbaren älteren Frauen stärker zu berücksichtigen. Immerhin würden 70 % aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Rostock an Frauen vergeben. (Der Anteil von Frauen an den Arbeitslosen in Rostock lag im Januar 1996 bei 56,4%⁴⁹, d.h. sie wurden tatsächlich überproportional berücksichtigt.) Weiter erklärte er, man wolle an dieser Vergabepolitik festhalten, sehe allerdings angesichts der fortgesetzten Mittelkürzungen keine Möglichkeit, die Stellenzahl zu erhöhen. Im Gegenteil, es werde wahrscheinlich weitere Reduzierungen geben. Tatsächlich wurde in den Jahren 1996 und 1997 die Zahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeschränkt. In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1995 mit 25 ABM-Beschäftigten pro 100 Arbeitslosen (Vgl. Tab.4) an der Spitze aller neuen Bundesländer stand.⁵⁰

⁴⁹Vgl. OZ, 07.02.1996.

⁵⁰Vgl. *Jahreswirtschaftsbericht 1996 Mecklenburg-Vorpommern*, S.15.

Tab. 4: Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern

Bundesland	1993	1994	1995	ABM-Beschäftigte pro 100 Arbeitslose 1995
Berlin - Ost	20.287	11.547	13.790	18
Brandenburg	33.476	28.426	29.179	18
Mecklenburg-Vorpommern	31.821	32.843	33.346	25
Sachsen	68.470	49.243	53.776	20
Sachsen-Anhalt	49.999	39.666	41.195	18
Thüringen	33.601	30.766	34.501	20
neue Bundesländer	237.654	192.491	205.787	20

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern⁵¹

Für viele Arbeitslose sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Alternative, um zumindest zeitweise der Erwerbslosigkeit entgehen zu können. Nicht alle halten sie jedoch für die Lösung ihres Problems. In der oben erwähnten Diskussion traten vor allem ältere Frauen (Ende 40 bis Ende 50) dafür ein, dass man verstärkt für ihre Altersgruppe Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stellen sollte. Jüngere Frauen dagegen votierten - unabhängig von der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit - für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die älteren argumentierten, dass Frauen im Alter zwischen 45 und 55 Jahren in der Regel gut wenn nicht sogar hoch qualifiziert seien, über viel Berufserfahrung verfügten und daher keine Notwendigkeit für eine Umschulung bestünde. Sie würden jedoch auch sehen, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt wegen ihres Alters kaum Chancen hätten. Daher müssten ihnen mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Eine junge Frau, ABM-Kraft in einem Sozialprojekt, wies in diesem Zusammenhang auf ein anderes Problem hin: In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten viele Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Sozialbereich. Die Aufgaben, die sie dort erledigen, müssten - so die Rednerin - eigentlich von der öffentlichen Hand über Stellen im ersten Arbeitsmarkt finanziert werden. Sie erhielt Zustimmung sowohl vom Podium (Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte, Direktor des Arbeitsamtes) als auch aus dem Publikum. Allerdings, so die Antwort des Oberbürgermeisters, habe die Kommune nicht genügend Mittel, um diese Stellen zu schaffen. Man sei froh, diese Aufgaben wenigstens über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfüllen zu können und hoffe, dass man die dazu notwendigen Mittel noch möglichst lange und in

⁵¹Ebenda.

ausreichendem Umfang zur Verfügung habe. Was für Folgen bei einem Wegfall zu befürchten seien, könne sich jeder selbst ausmalen; allein im Jugend- und Freizeitbereich wären 97% aller Stellen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert. An diesem Beispiel wird deutlich, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern eine andere Funktion bekommen haben. Sie sind oft nicht mehr dazu da, Wege in den ersten Arbeitsmarkt zu öffnen, sondern werden genutzt, um Aufgaben zu erfüllen, die eigentlich in öffentlicher Hand liegen müssten. Die Diskussionsbeiträge der 'jüngeren' Frauen entzündeten sich jedoch nicht nur an dieser Tatsache, sondern vor allem an der Forderung des damaligen Wirtschaftsministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff (SPD), sich doch stärker auf Ausbildungsberufe im gewerblich-technischen Bereich zu orientieren. Dort wären aus seiner Sicht die Beschäftigungschancen für Frauen größer als in typischen Frauenbranchen. Keine der anwesenden Frauen konnte dieser Auffassung folgen. Viele hatte noch zu DDR-Zeiten typische Männerberufe erlernt (Kabelkran-anlagenfahrerin, Diplomingenieurin für Automatisierung, Diplomalimentingenieurin, Schiffbauingenieurin). Mit dem sich im Zuge der Einheit entwickelnden geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt und dem gleichzeitig einsetzenden Verdrängungswettbewerb, seien sie die ersten gewesen, die entlassen wurden. Sie haben heute kaum noch Chancen auf eine Wiedereinstellung in ihrem erlernten Beruf. Eine Schiffbauingenieurin erzählte z.B., dass, obwohl sie seit vier Jahren arbeitslos sei, ihrem im gleichen Beruf tätigen und erst Ende 1995 arbeitslos gewordenen Mann, bereits ein neuer Arbeitsplatz als Schiffbauingenieur angeboten worden sei. Sie hätte diese Stelle auch gern angenommen, wäre jedoch gar nicht erst gefragt worden. Sie äußerte die Vermutung, allein deshalb nicht berücksichtigt worden zu sein, weil sie eine Frau sei. Zwei andere etwa 40-jährige Frauen - seit zwei bzw. drei Jahren arbeitslos - schlossen sich ihren Ausführungen an und erklärten, man habe ihnen im Arbeitsamt erklärt, sie seien in ihrem Beruf als Schiffbauerinnen nicht mehr vermittelbar. Ihnen sei eine Umschulung in einem frauentypischen Beruf empfohlen worden. Ein in der Form etwas aus dem Rahmen fallender Diskussionsbeitrag kam zu dieser Problematik von einer etwa 40jährigen Frau, die allerdings erst kurze Zeit arbeitslos war. Er soll an dieser Stelle erwähnt werden, weil er für einen bestimmten Teil der arbeitslosen Frauen signifikant ist und zeigt, dass sich nicht alle als Bittstellerinnen sehen, verzweifelt und depressiv sind. Besagte Frau erklärte, sie sei in der DDR als Kabelkrananlagenfahrerin auf der Warnow-Werft rund 60 Frauen und Männern vorgesetzt gewesen. Als nach der Vereinigung die Werft im Jahr 1992 vom Kvaerner-Konzern übernommen wurde, habe man ihr gesagt, sie könne auf der Werft nicht mehr als Meisterin sondern nur noch als einfache Arbeitnehmerin

beschäftigt werden, weil man infolge von Rationalisierung und Automatisierung nicht mehr so viele Meister brauche. Sie habe sich dieser Veränderung gefügt, weil sie hoffte, auf diese Weise ihren Job zu behalten. Nach eineinhalb Jahren habe man sie dann auf Kurzarbeit „null“ gesetzt. Der Konzern habe sich bei der Übernahme der Werft zwar verpflichtet, bis zum Ende des Jahres 1995 keine Entlassungen vorzunehmen, es war jedoch schon früher absehbar, dass nach dem Auslaufen dieser Verpflichtung nicht mehr alle Beschäftigten gebraucht werden würden. Die Zwischenlösung hieß Kurzarbeit. Ende 1995 habe sie dann zu den ersten gehört, die ihre Kündigungen erhielten. In der Diskussion stellte die junge Frau dann sehr erregt die Frage, warum in der Öffentlichkeit die Empfehlung gegeben werde, Frauen sollten sich auch für gewerblich-technische Berufe öffnen, wenn schließlich doch nur Männer auf den Kränen säßen? Und weiter fragte sie die Podiumsgäste, welche Chancen sie mit ihrem Beruf überhaupt auf dem Arbeitsmarkt habe? Sie sei hochqualifiziert, habe Berufs- und Leitungserfahrung, warum solle sie sich umschulen und weiterbilden lassen? Als der Direktor des Arbeitsamtes ihr daraufhin die Umschulung zur Baumaschinenführerin empfahl, reagierte sie sehr heftig mit den Worten: „Ich habe nicht vor, auf einem Bagger zu sitzen, ich bin hochqualifiziert, ich will wieder Verantwortung tragen!!!“⁵² An diesem Beispiel wird deutlich, dass nicht generell davon ausgegangen werden kann, dass ostdeutsche Frauen bereits zufrieden sind, wenn sie einer Beschäftigung nachgehen können. Sie möchten darüber hinaus qualifikationsgerecht eingesetzt und in ihrem Beruf anerkannt werden. Ein beruflicher Abstieg ist für sie - ebenso wie für Männern - mit dem Gefühl des Verlustes verbunden. Bei allen Diskussionsrednerinnen war daher der Appell an Land und Bund unüberhörbar, sich endlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen, selber Arbeitsplätze zu schaffen bzw. ernsthaft mit der Umverteilung der vorhandenen Arbeit zu beginnen. Sie forderten die Politiker auf, endlich aufzuhören, die Ursachen für die hohe Frauenarbeitslosigkeit in der angeblich falschen Berufswahl von Frauen zu suchen.

Auch die zweite vom Wirtschaftsminister zur Lösung des Problems der Frauenerwerbslosigkeit entwickelte Vision fand unter den Anwesenden wenig Zustimmung. Sein Vorschlag, arbeitslose Frauen sollten den Sprung in die Selbständigkeit wagen, wurde von ihnen als nicht praktikabel verworfen. Sicher kann dieser Vorschlag das Problem der Frauenarbeitslosigkeit nicht lösen. Aber er kann und sollte dennoch als Anregung verstanden werden. Dass dies der Fall ist, beweist die Realität: Auch in Mecklenburg-Vorpommern wagen zunehmend mehr Frauen die Gründung eines eigenen Unternehmens (vgl. dazu Kap. 4.2.).

⁵²Vgl. dazu auch *OZ* und *NNN* vom 11./12. Januar 1996.

Die hier vorgestellten Beispiele untermauern die Feststellung: Frauen in den neuen Bundesländern wollen berufstätig sein. Sie sehen sich allerdings mit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert, die das Gelingen dieses Anliegens äußerst erschweren: Alle Wirtschaftsbereiche verzeichnen rückläufige Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, egal ob sie schrumpfen oder prosperieren, ob sie ehemals eine hohe oder niedrige Frauenbeschäftigungsrate aufwiesen, alle haben eine relative Zunahme der Beschäftigung bei Männern und eine relative Abnahme bei Frauen zu verzeichnen. So werden frauentypische Branchen (Handel, Banken und Versicherungen) zu Mischbranchen, Mischbranchen werden zu tendenziell männerdominierten Branchen (verarbeitendes Gewerbe) und männerdominierte Branchen werden zu reinen Männerbranchen (Bau, Metall- und Elektrobranche, Bergbau und Energie).⁵³ Die folgende Tabelle belegt diese Entwicklung.

Tab. 5: Frauenanteil an den Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen (in %) in den neuen Bundesländern

	November 1990	November 1991	November 1992	Differenz 90 - 92
Landwirtschaft	40,6	42,5	36,0	- 4,6
Bergbau, Energiegewinnung	31,4	32,5	23,0	- 8,1
Bauwirtschaft	19,1	16,8	11,0	- 8,1
Metall-, Elektrobranche	30,4	24,9	19,0	- 11,4
übriges verarbeitendes Gewerbe	49,0	43,0	36,0	- 13,0
Handel	70,0	64,8	58,0	- 22,0
Verkehr, Bahn, Post	34,1	32,2	28,0	- 6,1
Banken, Versicherungen	83,6	74,1	71,0	- 12,6
andere Dienstleistungen	69,5	70,9	67,0	- 2,5
Gesamt	48,5	48,0	43,0	- 5,5

Datenbasis: Arbeitsmarkt-Monitor⁵⁴

Noch finden sich Frauen in den neuen Bundesländern nicht mit dieser Entwicklung ab. Sie erhalten inzwischen auch von politischer Seite Unterstützung. So fordert z.B. die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns eine Novellierung des Gleichstellungsgesetzes. Sie legte dem Landtag einen entsprechenden Entwurf vor, in dem u.a. vorgeschlagen wird, über öffentliche Auftrags- und Subventionsvergabe die

⁵³Vgl. G. Engelbrech, S.25.

⁵⁴Vgl. Ungleichheit und Sozialpolitik, *Berichte der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.*, Opladen 1996, S.328.

Schaffung von Frauenarbeitsplätzen zu fördern. In dem neuen Gesetz heißt es dazu: „Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen soll bei gleichwertigen Angeboten derjenige Anbieter bevorzugt werden, der sich der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben besonders angenommen hat.“⁵⁵ Die Wirtschaft hat scharfen Protest dagegen angekündigt. Viele Unternehmen fürchten um öffentliche Aufträge und Fördermittel. Ein anderer ebenso umstrittener Punkt in diesem neuen Gleichstellungsgesetz ist der sog. Einstellungsparagraph. Er hat folgenden Wortlaut: „Sind Frauen in einer Beschäftigungsgruppe unterrepräsentiert, so sind Frauen, die eine zur Ausfüllung der Stelle gleichwertige Qualifikation (Eignung, Befähigung, fachliche Leistung) besitzen wie männliche Mitbewerber diesen gegenüber so lange bevorzugt einzustellen und zu fördern, bis der Anteil der Frauen in der jeweiligen Beschäftigtengruppe mindestens 50 von 100 beträgt.“⁵⁶ Einwände gegen diesen Vorschlag kamen unmittelbar nach seiner Verlautbarung von den Kommunalverwaltungen. Warum? Eigentlich sieht es bezüglich der Frauenquote in den Rathäusern Mecklenburg-Vorpommerns sehr positiv aus. Schätzungsweise 80% aller Stellen sind von Frauen besetzt. In der Realität haben Frauen jedoch auch hier die schlechter bezahlten Stellen. Die 'oberen Etagen' sind fast ausschließlich von Männern besetzt. So waren 1996 z.B. in Greifswald und in Stralsund (Vorpommern) die Bürgermeister und sämtliche Dezernenten Männer. Würde der o.g. Einstellungsparagraph zum Gesetz - was angesichts der aktuellen EU-Rechtsprechung allerdings nicht zu erwarten ist⁵⁷ -, würde es nicht mehr ausreichen, dass Frauen in den Verwaltungen die Mehrheit stellen, sondern es würde auch nach dem Frauenanteil an den einzelnen Beschäftigtengruppen beurteilt werden, ob Gleichstellung tatsächlich praktiziert wird. Bei der künftigen Vergabe wären Frauen also bei den besser bezahlten Stellen begünstigt, während Männer nur noch bei der Besetzung der schlechter vergüteten Positionen echte Chancen hätten. Sicher mag das dem einen oder anderen ungerecht erscheinen aber unter den gegenwärtigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt scheint eine Frauenquote unumgänglich zu sein. In der Realität sieht es so aus, dass Frauen in den neuen Bundesländern massiv von Männern in weniger qualifizierte Tätigkeitsbereiche verdrängt werden - und das trotz hochwertiger Bildungsabschlüsse.⁵⁸

⁵⁵D. Kesselring, Parteien streiten über Gleichstellung, in: *OZ*, 02.01.1996.

⁵⁶Ebenda.

⁵⁷Bevorzugung der Frau verboten, in: *Süddeutsche Zeitung*, Stuttgart 16.05.1997.

⁵⁸Vgl. Frauen wollen nicht zurück an den heimischen Herd, in: *OZ*, 20.05.1995.

3.2. Die Situation der Landfrauen in Mecklenburg-Vorpommern

Besondere Schwierigkeiten Arbeit auf dem Ersten oder Zweiten Arbeitsmarkt zu finden oder an Umschulungs- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen, haben in Mecklenburg-Vorpommern arbeitslose Frauen auf dem Lande. Sie haben in der Regel in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gearbeitet, häufig als Teilzeitbeschäftigte, weil sich die nebenbei betriebene private Landwirtschaft bei den hochsubventionierten staatlichen Aufkaufpreisen in der DDR finanziell mehr lohnte als eine Vollzeitbeschäftigung. Das so verdiente Geld fällt heute bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes bzw. der Rente weg. Häufig erhalten diese Frauen daher nicht mehr als den Sozialhilfesatz. Die Situation arbeitsloser Landfrauen wird durch ihre mangelnde Mobilität noch komplizierter. Nach 1990 wurden die schon zu DDR-Zeiten ungenügenden Verkehrsverbindungen⁵⁹ noch weiter reduziert, so dass heute im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern viele Orte nur mit dem Auto erreichbar sind. Viele Landfrauen haben jedoch keinen Führerschein oder die Ehemänner brauchen das Auto, um ihre Arbeitsplätze in weiter entfernten Regionen zu erreichen. Für ein Zweit-Auto fehlt in der Regel das Geld. Diese Frauen sind dadurch nur schwer vom Arbeitsamt zu vermitteln. Sie können kaum an Umschulungen teilnehmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kommen für sie nur in Frage, wenn sie vor Ort stattfinden oder der Transport organisiert wird. Viele arbeitslose Landfrauen erwarteten nach der Ansiedlung von Gewerbegebieten am Rande der Dörfer eine Verbesserung ihrer Situation. Diese Hoffnung wurde allem Anschein nach zumindest teilweise enttäuscht. So gibt es verschiedentlich mündliche Berichte darüber, dass Frauen, die in diesen Zentren Arbeit erhielten, z.T. schamlos ausgebeutet wurden. Aus ihrer Not und dem Willen wieder Arbeit zu bekommen, sollen einige Unternehmer Gewinn geschlagen haben. So sollen sie Frauen z.B. für fünf Stunden eingestellt, dann aber erheblich länger arbeiten lassen haben. Den betroffenen Frauen scheint die Kraft und der Mut zu fehlen, sich gegen solche Ungesetzlichkeiten zu wehren. Viele haben sicher auch Angst, den nun endlich erhaltenen Arbeitsplatz wieder zu verlieren. Andere Unternehmer sollen keine oder keine richtigen Arbeitsverträge ausgefertigt, sondern ihre Beschäftigten mit Versprechungen hingehalten haben. Wurden die Frauen, die in diesen Unternehmen gearbeitet hatten, wieder arbeitslos, hatten sie darüber hinaus häufig extreme Schwierigkeiten, wenigstens Gehaltsbescheinigungen zu bekommen, auf deren Grundlage ihr Arbeitslosengeld berechnet werden

⁵⁹Die DB-AG plant für die nächsten Jahre darüber hinaus die Stilllegung von nahezu 60% ihrer Strecken in Mecklenburg-Vorpommern. Dadurch würde sich die Situation für die arbeitslosen Landfrauen noch weiter verschlechtern.

konnte.⁶⁰ Trotzdem hoffen nach wie vor viele auf die 'Unternehmer auf der grünen Wiese', die ihnen die Chance bieten, wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren.⁶¹

Isolation ist ein weiteres Problem, das die Landfrauen heute zunehmend belastet. Durch die Schließungen von Verkaufsstellen, die früher häufig Treffpunkte waren, die Reduzierung und Verteuerung gemeinnütziger Einrichtungen (Kinderkrippen oder -gärten, Klubhäusern usw.) haben diese Frauen kaum noch Gelegenheit und Anlass, das eigene Haus zu verlassen. Ihre sozialen Kontakte sterben ab und sie werden zunehmend depressiv und mutlos. Versuche, dieser Entwicklung mittels der Schaffung von Kontaktstellen in den Dörfern entgegenzuwirken, befinden sich in Mecklenburg-Vorpommern noch in den Anfängen und können wegen der knappen Mittel auch nur in den sog. Zentren, d.h. in Kleinstädten oder größeren Dörfern stattfinden.⁶² Damit bleiben die Probleme für die am stärksten betroffenen Frauen bestehen.

⁶⁰Eigenes Interview-Material.

⁶¹Eigenes Interview-Material.

⁶²Eigenes Interview-Material.

4. Die Gewinnerinnen der Einheit

Das Ende der DDR bedeutete für alle ihre Bürgerinnen und Bürger zugleich das Ende von Unfreiheit und Bevormundung. Die Herstellung der deutschen Einheit brachte nicht nur die von vielen heißersehnten Reisemöglichkeiten sondern auch bürgerliche Rechte und Freiheiten. So gesehen, gehören alle DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu den Gewinnern der Einheit. Für viele war die Einheit außerdem mit der Vision verbunden, innerhalb kürzester Zeit das Lebensniveau der Altbundesbürger zu erreichen. Die meisten waren davon ausgegangen, dass der Einigungsprozess schmerzlos und ohne allzu große Opfer verlaufen würde. Mit dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes hatten die wenigsten gerechnet. Für 75% der erwerbstätigen Bevölkerung der DDR ist dieser Fall zumindest zeitlich begrenzt eingetreten. Entgegen allen negativen Erwartungen hat sich die Frauenerwerbsquote bisher noch nicht auf das Niveau der alten Bundesländer eingepegelt (vgl. Tab. 6). Die Frauen in den neuen Bundesländern behaupten sich nach wie vor und mit Erfolg auf dem Arbeitsmarkt.

Tab.4: Anteil weiblicher und männlicher Erwerbstätiger an der erwerbsfähigen Bevölkerung (Stand April 1994 bzw. *April 1995)

	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige weiblich (Quote in %)	Erwerbstätige männlich (Quote in %)
früheres Bundesgebiet	27 113 000	11 091 000 (39,4)	16 021 000 (58,7)
neue Bundesländer	6 412 000	2 848 000 (48,3)	3 564 000 (56,6)
Mecklenburg-Vorpommern	763 900*	360 800*	403 100*

Quellen: Statistisches Jahrbuch 1996, S.103.

* Jahreswirtschaftsbericht 1996 Mecklenburg- Vorpommern S. 11 und Informationen des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern.

Gehört die Mehrheit der Frauen in den neuen Bundesländern also doch eher zu den Gewinnern der Einheit? Sie haben nicht mehr mit Versorgungsproblemen zu kämpfen, können das wachsende Freizeitangebot nutzen, ihre Haushalte mit besseren Geräten ausstatten, die die Hausarbeit erleichtern, haben Anteil an einem vorher unvorstellbaren Waren- und Dienstleistungsangebot, d.h. an neuen und bisher kaum vorstellbaren Lebensmöglichkeiten. Sofern sie unter `normalen` Bedingungen berufstätig sind, hat sich ihr Einkommen in den letzten Jahren erheblich erhöht. Trotzdem ist es nach wie vor so, dass berufstätige Frauen in den neuen Bundesländern im Vergleich mit ihren männlichen und weiblichen Kollegen aus Ost und West am wenigsten verdienen.⁶³ (Vgl. Tab. 7)

Tab. 7: Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen in den alten und neuen Bundesländern (Mitte 1995 in DM)

ehemaliges Bundesgebiet				neue Bundesländern			
Frauen		Männer		Frauen		Männer	
Arbeiterinnen	Angestellte	Arbeiter	Angestellte	Arbeiterinnen	Angestellte	Arbeiter	Angestellte
3 214.-	4 619.-	4 539.-	6 735.-	2 501.-	3 640.-	3 333.-	4 878.-

Quelle: Statistisches Bundesamt⁶⁴

Sind sie dennoch die Gewinnerinnen? Folgt man der Aussage einer ostdeutschen Frau, die erklärte: „Wenn sie Arbeitsplätze schaffen würden, wäre jetzt alles besser als früher“⁶⁵, dann sind sie es, denn sie haben Arbeit und damit müsste alles besser für sie sein als früher. Es gibt inzwischen jedoch Untersuchungen, die belegen, dass es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen ‚Besitz eines Arbeitsplatzes‘ und persönlicher Zufriedenheit geben muss.⁶⁶ Wer von den ostdeutschen Frauen zählt sich also selbst zu den Gewinnerinnen bzw. schätzt die gewonnenen Freiheiten, weil sie u.a. die Chance bieten, das eigenen Lebens stärker selbst zu gestalten?

⁶³Vgl. *Das Parlament*, Nr. 8-9, 16./23.02.1996.

⁶⁴Vgl. ebenda.

⁶⁵U. Schröter, Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß, in: *APuZ*, B 20/95, S.39f.

⁶⁶Vgl. A. Bamberg, U. König, Zwischen Identifikation und Ablehnung - Sächsische Frauen im vereinten Deutschland, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S.253ff.

4.1. Einheitsgewinnerin: Rentnerin

Eine Gruppe, die sich selbst zu den Gewinnerinnen der Einheit zählt, sind Rentnerinnen. Sie, die zu DDR-Zeiten hart am Rande des Existenzminimums und z.T. schon unter diesem leben mussten (90% mussten mit weniger als 500.-M monatlich auskommen⁶⁷), gehörten zu der Bevölkerungsgruppe, die die Einheit vor allem als Gewinn erfuhr. Ihnen ging es danach schrittweise deutlich besser als zuvor. Mittlerweile haben sich ihre Renten mehr als verdoppelt. Viele haben ihr Leben lang gearbeitet - was zu längeren Anrechnungszeiten und damit sogar zu höheren Renten als bei Frauen gleichen Alters in den alten Bundesländern führte. (Vgl. Tab. 8)

Tab. 8: Vergleich der Rentenzahlbeträge 1994 für Rentnerinnen im ehemaligen Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern (in DM)

Beschäftigten- kategorie	ehemaliges Bundesgebiet		neue Bundesländer	
	Arbeiterinnen	Angestellte	Arbeiterinnen	Angestellte
1994	628.-	1028.-	997.-	1040.-
1995	635.-	1024.-	1033.-	1088.-

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1995, S.468.

Die angesichts dieser Daten naheliegende Vermutung, dass Rentnerinnen in den neuen Bundesländern über eine größere finanzielle Leistungskraft als jene in den alten Bundesländern verfügten, muss allerdings relativiert werden. So konnten ostdeutsche Frauen kaum größere finanzielle Rücklagen bilden und da es in der DDR keine mit der Bundesrepublik vergleichbaren Möglichkeiten zur privaten Vorsorge (wie z.B. Kapitallebensversicherungen) gab, sind sie heute bei der Bestreitung ihres Lebensunterhaltes in der Regel fast ausschließlich auf ihre Renten angewiesen. Ein Vergleich der realen finanzielle Ausstattung der Rentnerinnenhaushalte in Ost und West wird mit Sicherheit immer noch zugunsten der Rentnerinnen in den alten Bundesländern ausfallen. Die Diskussion über die Anpassung an das Rentensystem der alten Bundesländer (Rentenanpassung rückwirkend statt perspektivisch) führte zu erheblichen Verunsicherungen bei ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern⁶⁸, wissen doch die meisten nicht, was konkret auf sie zukommen wird. Viele befürchten reale Einbußen. In einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg wird in diesem Zusammenhang sogar ein „zunehmendes Armutspotential“ im Osten vorausgesagt. Hauptursachen sind nach Ansicht der Wissenschaftler das niedrige Ausgangsniveau bei Löhnen und

⁶⁷Vgl. M. Beyer, *Frauenreport '90*, S.8f.

Renten in der DDR und die seit 1996 stattfindende schrittweise Abschmelzung der sog. Auffüllbeträge, mit der die Renten von Hunderttausenden RentnerInnen über Jahre stagnieren werden.⁶⁹ Im Moment überwiegt bei den meisten Rentnerinnen jedoch noch die positive Einschätzung der Ergebnisse der Einheit. Wie sich die Dinge entwickeln werden, bleibt abzuwarten.

⁶⁸Renten-Kompromiß verunsichert Senioren im Osten, in: *OZ*, 16.02.1996.

⁶⁹Jeder sechste Rentner ist arm, in: *OZ*, 03.07.1995.

4.2. Das ostdeutsche „Unternehmerinnen-Wunder“

Ob die Existenzgründerinnen in den neuen Bundesländern sich selbst zu den Gewinnerinnen der Einheit zählen, ist nicht bekannt. Trotzdem können sie dazu gerechnet werden. Zum einen haben sie mit ihrem Schritt bewiesen, dass sie die neuen Chancen - aus welchen Gründen auch immer - wahrnehmen wollen. Sie haben außerdem in ihrer Persönlichkeitsentwicklung bedeutende Fortschritte gemacht, auf die sie stolz sind. Die Gewinne liegen im Moment also eher im immateriellen als im materiellen Bereich.

Knapp ein Drittel von insgesamt 480 000 Selbständigen in den neuen Bundesländern sind Frauen. Dieses Verhältnis ist nach Schätzungen der Kammern auch für Mecklenburg-Vorpommern zutreffend. Besonders hoch ist hier der Anteil selbständiger Frauen im Dienstleistungsbereich. Er nimmt jedoch auch im Handwerk und im produzierenden Gewerbe zu. Auffallend ist, dass die meisten Unternehmen, die von Frauen geleitet werden, weniger als 10 Beschäftigte haben. Dies hat nach Auskunft der Unternehmerinnen eher psychologische Gründe. Frauen als Existenzgründerinnen ziehen es offensichtlich vor, in einem überschaubaren Rahmen tätig zu werden. Frauen bevorzugen jedoch auch deshalb Kleinunternehmen, weil sie das für größere Unternehmen nötige Startkapital oft nicht aufbringen können und vor der Bürokratie mit ihrem Genehmigungsverfahren zurückschrecken. Erschwerend kommt hinzu, dass Banken, Gewerberaum-Anbieter und Verwaltungen Frauen oft nicht für kompetent genug halten, ein eigenes Unternehmen zu führen.⁷⁰ So berichteten zwei Rostocker Unternehmerinnen, die ein kleines Ingenieurbüro betreiben, dass sie von keiner Bank einen Existenzgründungskredit bewilligt bekamen, obwohl die Industrie- und Handelskammer ihre hohe Qualifikation und ihren Sachverstand in einem Gutachten unterstrichen hatte.⁷¹ Weibliche Existenzgründer haben also auch hier „naturgemäß“ mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen als Männer. Trotzdem sind Frauen bei Firmengründungen erfolgreicher als ihre männlichen Kollegen. Von 1000 Existenzgründerinnen scheitern vier. Bei den Männern liegt die Quote doppelt so hoch.⁷² Im Vergleich mit den alten Bundesländern schneiden die ostdeutschen mittelständischen Unternehmerinnen ebenfalls positiver ab. So liegt der Anteil der Unternehmerinnen in den neuen Bundesländern um 5 % höher als in den alten. Noch deutlicher ist das Gefälle beim Anteil weiblicher Führungskräfte. Während in ostdeutschen Firmen Frauen auf jedem fünften

⁷⁰Vgl. Rede des Wirtschaftsminister, Dr. Harald Ringstorff (SPD), anlässlich der Gesprächsrunde zum „Frauenpolitischen Tisch“ im Rostocker Rathaus, Mittwoch 10. Januar 1996, S. 3.

⁷¹Vgl. Frauenförderungsprogramm auf Eis gelegt, in: *OZ*, 16.08.1996.

⁷²Vgl. Rede des Wirtschaftsministers, S. 3.

Chefsessel sitzen, beträgt ihr Anteil in den alten Bundesländern gerade 5 - 10 %.⁷³ Wie kommen Frauen in den neuen Bundesländern dazu, den Sprung in die Selbständigkeit zu wagen, warum haben sie weniger Scheu davor, Verantwortung in Führungspositionen zu tragen und wieso sind sie erfolgreicher als Männer? Gab und gibt es Elemente ihrer Sozialisation in der DDR, die sich heute als vorteilhaft erweisen oder hat erst die Einheit diese kreativen unternehmerischen Potenzen freigesetzt? Untersuchungen haben ergeben, dass der Karriere-Typ in den neuen Bundesländern gegenüber anderen Frauen und Männern in der Tendenz aktiver, selbstbewusster und optimistischer bezüglich des Erreichens selbst gesteckter Ziele ist. Insgesamt halten sich diese Frauen und Männer mehr als alle anderen in ihren Eigenschaften für marktangepasst.⁷⁴ Wichtig für die Karriereambitionen von Frauen in den neuen Bundesländern scheint es zu sein, dass diese - stärker als in den alten Bundesländern - auch von den Partnern mitgetragen werden. Ostdeutsche Männer sind seit Jahrzehnten an hohe Frauenquoten bei der Erwerbstätigkeit gewöhnt und erkennen daher den Wunsch von Frauen nach Berufstätigkeit und ökonomischer Selbständigkeit als gerechtfertigt und nicht zuletzt auch als finanziell notwendig an.⁷⁵ Im Unterschied zur DDR-Zeit ist allerdings auch eine ablehnende Haltung der Männer heute kein Grund mehr für Frauen, ihre Karriereambitionen aufzugeben. In der DDR war der Einspruch des Partners dagegen häufig ein Grund für die Aufgabe derartiger Absichten gewesen. Ausschlaggebend für diesen Einstellungswechsel ist vor allem der Wunsch, der Arbeitslosigkeit zu entgehen und ökonomisch unabhängig zu sein. Die Erfahrung der wirtschaftlichen Selbständigkeit ist in der DDR von der Mehrheit der Frauen gemacht worden. In einer Situation, die vor allem durch die Verdrängung von Frauen vom Arbeitsmarkt gekennzeichnet ist, scheint sie zu einer Verstärkung weiblicher Durchsetzungskraft zu führen⁷⁶. Diese Hartnäckigkeit ist allem Anschein nach in der geeinten Bundesrepublik zum „sozialen Kapital“ dieser Frauen geworden.⁷⁷ Um dieses Kapital nutzen zu können, brauchen sie allerdings nicht nur Mut und Risikobereitschaft sondern auch Hilfestellungen von außen. In Rostock bzw. Mecklenburg-Vorpommern gibt es verschiedene Institutionen und Förderprogramme, die im o.g. Sinne 'Entwicklungshilfe' für Jungunternehmerinnen leisten wollen und sollen. So wurde z.B. vom Verein „Frauen in die Wirtschaft e.V.“ im Oktober 1994 ein

⁷³Vgl. Jeder dritte Chef ist eine Frau, in: *NNN*, 07.06.1996.

⁷⁴B. Bertram, Pluralisierung oder Traditionalisierung der Lebenskonzepte, in: *EigenArtige Ostfrauen*, S.216.

⁷⁵Ebenda, S.217.

⁷⁶Ostdeutsche Frauen sind häufiger als Männer vor die Alternative gestellt, zwischen Arbeitslosigkeit und dem Sprung in die Selbständigkeit zu wählen. In Sachsen-Anhalt überwand 55,2 % der Existenzgründerinnen mit dem Schritt in die Selbständigkeit eine drohende oder bestehende Arbeitslosigkeit. Dieser Anteil lag bei den männlichen Existenzgründern lediglich bei 35,7%. Vgl. Th. Claus, Existenzgründungen in Ostdeutschland. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Sachsen-Anhalt, in: *APuZ*, B 15/96, S.14.

Existenzgründerinnenzentrum ins Leben gerufen. Dieses Zentrum hat es sich zur Aufgabe gemacht, künftige Unternehmerinnen durch Kurse zum Management, zu Personal- und Steuerfragen auf ihre neue Tätigkeit vorzubereiten. Viele Kursteilnehmerinnen nutzen diese Veranstaltungen auch zum Erfahrungsaustausch und leisten untereinander Hilfestellung. Auf diese Weise entstehen kleine, informelle Netzwerke, die auch nach erfolgreicher Firmengründung als 'Hilfe zur Selbsthilfe' genutzt werden.⁷⁸

Im Januar 1996 startete das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommerns ein Existenzgründerinnen-Programm mit einem Umfang von zunächst zwei Millionen Mark. Aus diesem Fonds können Frauen des Landes zinsgünstige Darlehen⁷⁹ in Höhe von bis zu 100 000 Mark zum Aufbau eines eigenen Unternehmens erhalten. Das ist um so notwendiger, als die großen Banken häufig nicht an der Vergabe von Kleinkrediten (60 000 bis 100 000 DM) interessiert sind, Frauen jedoch davor zurückschrecken, sich in größerem Umfang zu verschulden bzw. keine größeren Kredite benötigen. Diese Landesdarlehen sind in den ersten beiden Jahren der maximal zehnjährigen Laufzeit tilgungsfrei. Sie sind vor allem für Existenzgründerinnen gedacht, die trotz eines gut durchdachten Konzeptes u.a. wegen mangelnder Sicherheiten von den Banken abgelehnt werden.⁸⁰ Das Programm fand eine sehr positive Resonanz. Bis Anfang des Jahres 1997 gingen 206 Anträge beim Förderinstitut des Wirtschaftsministeriums ein. Schließlich profitierten 38 Unternehmensgründerinnen⁸¹ - überwiegend im Alter zwischen 30 und 40 Jahren⁸² - von den zinsgünstigen Krediten. Auch der Landeshaushalt 1997 sieht wieder zwei Millionen Mark für Darlehen vor. Die guten Erfahrungen, die mit der Unterstützung weiblicher Existenzgründer gemacht wurden⁸³, führten dazu, dass die Landesregierung inzwischen überlegt, ein vergleichbares Programm auch für Männer aufzulegen.⁸⁴

So positiv diese Ansätze zu bewerten sind, bleibt doch festzustellen, dass der Weg in die Selbständigkeit kein Allheilmittel sein kann. Die meisten Frauen werden auch weiter darauf angewiesen sein, dass ihnen auf dem ersten oder auch zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigungschancen geboten werden.

⁷⁷B. Bertram, S.218.

⁷⁸Interview-Material, Informationen von der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Rostock.

⁷⁹Die Darlehen liegen 3% unter dem Kapitalmarktzins.

⁸⁰Günstige Darlehen für Existenzgründerinnen, in: *OZ*, 21.02.1996.

⁸¹In jeder dritten Firma ist der Boß eine Frau, in: *OZ*, 10.04.1997.

⁸²Ebenda.

⁸³Die Existenzgründerinnen schufen immerhin 70 Arbeitsplätze und sieben Ausbildungsplätze, vgl. *OZ*, 10.04.1997.

⁸⁴Vgl. ebenda.

5. Zusammenfassung

Ostdeutsche Frauen sind Gewinnerinnen und Verliererinnen der Einheit. Die Ursachen für letzteres sind jedoch nicht allein in den Folgen der Transformation zu suchen. Die in der DDR betriebene patriarchale Frauenpolitik, die das Vereinbarkeitsproblem (Beruf, gesellschaftliche Arbeit, Haushalt und Familie) allein zu Lasten der Frauen löste, führte letztlich dazu, dass ostdeutsche Frauen die weitaus ungünstigeren Ausgangspositionen als ostdeutsche Männer besaßen. Sie arbeiteten in schlechter entlohnten und international kaum konkurrenzfähigen Berufszweigen, übten häufig einfache Tätigkeiten aus und waren selten in Führungspositionen anzutreffen.

Im Prozess der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft waren auch in Mecklenburg-Vorpommern Frauen häufig die ersten, die entlassen wurden. Sie sehen sich seitdem vor allem in der Schiffbauindustrie, im Handel aber auch in der Landwirtschaft einem massiven Verdrängungsprozess ausgesetzt. Andere Bereiche in denen bis 1990 vor allem Frauen beschäftigt waren wie z.B. Textilbetriebe oder die Nahrungsgüterindustrie sind in Mecklenburg-Vorpommern fast völlig verschwunden. Nicht zuletzt aus diesem Grund fällt es den Frauen deutlich schwerer auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen als Männern. Mehr als zwei Drittel aller Langzeitarbeitslosen im nördlichsten der neuen Bundesländer sind Frauen. Die meisten haben sich nicht mit dieser Situation abgefunden. Sie drängen weiter auf den Arbeitsmarkt. Ihre Chancen wieder eine dauerhafte Beschäftigung zu bekommen, sind allerdings gering und nehmen mit zunehmendem Alter ab. Positiv anzumerken ist in diesem Kontext jedoch die überdurchschnittliche Berücksichtigung von älteren, schwer vermittelbaren Frauen bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Mecklenburg-Vorpommern scheint hier eine positive Ausnahme zu sein.

Ein besonderes Problem stellt in Mecklenburg-Vorpommern die Situation von arbeitslosen Frauen auf dem Land dar. Fehlende Arbeitsplätze, Schwierigkeiten bei der Wahrnehmung von Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen aufgrund ihrer mangelnde Mobilität und das Wegbrechen der dörflichen Infrastrukturen führen häufig zu Isolation und Depressivität. Lösungen für diese Probleme sind erst im Entstehen begriffen und können aufgrund fehlender finanzieller Mittel nur langfristig in Angriff genommen werden.

Frauen in Mecklenburg-Vorpommern sind auch die Gewinnerinnen der deutschen Einheit. Subjektiv wahrgenommen wird diese Tatsache bisher vor allem von vielen Rentnerinnen, denen es seitdem deutlich besser geht. Zunehmend scheint sich die Einheit auch bei andere

Gruppen als Gewinn auszuwirken. Auch wenn die Zahl z.B. der Unternehmerinnen in Mecklenburg-Vorpommern gemessen an der Zahl der arbeitslosen Frauen noch relativ gering ist, so bringt sie doch ein wachsendes Selbstwertgefühl, Mut und Risikobereitschaft zum Ausdruck und kann als Beleg dafür gesehen werden, dass die Sozialisation in der DDR unter den Bedingungen der Marktwirtschaft auch positive Resultate zeitigen kann.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Erwerbsneigung von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern erheblich abnehmen wird. Die von ihren berufstätigen Müttern geprägte nachwachsende Generation drängt weiter auf den Arbeitsmarkt. Wie sie auf das Problem der knapper werdenden Arbeitsplätze reagieren wird, bleibt abzuwarten.

Lieferbare Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“:

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüländ, 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettrlauf und nukleare Proliferation in Süd-
asien
(Christian Wagner, 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien - Poli-
tik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.06. - 02.07.1995 in Rostock
(Peter Birle/ Nikolaus Werz, 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin/ Gerald Braun/ Jürgen Rüländ, 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM):
Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüländ, 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz/ Jochen Schmidt, 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner, 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in
Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner, 1997)